

Lisa Tschörner

Jihadismus als Motor lokaler Konflikte

Entstehung und Legitimität nichtstaatlicher Gewaltordnungen in Tillabéri (Niger)

Lisa Tschörner

*Wissenschaftlerin im Megatrends Afrika Projekt und der
Forschungsgruppe Afrika und Mittlerer Osten der SWP
lisa.tschoerner@swp-berlin.org*

Über dieses Arbeitspapier

Niger gilt mit seiner demokratisch legitimierten Regierung in Deutschland und Europa als Bastion der Stabilität in der Sahelzone. Doch auch Niger ist Schauplatz jihadistischer Gewalthandlungen. Lokale Ableger von al-Qaida und dem Islamischen Staat (IS) haben in den letzten Jahren besonders in der Region Tillabéri, an der Grenze zu Mali und Burkina Faso, an Einfluss gewonnen. Die jihadistischen Gruppen beschränken sich dabei nicht auf medienwirksame Anschläge gegen nigrische Sicherheitskräfte und Zivilist*innen. Sowohl die Gruppe ‚Islamischer Staat Sahel Provinz‘ (ISSP), als auch die al-Qaida-treue ‚Jama'at Nusrat al-Islam wal-Muslimin‘ (JNIM) konnten ihre Kontroll- und Herrschaftsansprüche in einigen Gegenden erfolgreich durchsetzen.

Dieses Working Paper zeichnet die Entstehungsgeschichten und lokalen Handlungsmuster von ISSP und JNIM in Nigers Tillabéri-Region im Kontext von Governance- und Ressourcenkonflikten nach. Die Analyse zeigt auf, dass beide Gruppen durch ein Eingreifen in lokale Konfliktdynamiken unter Teilen der Bevölkerung Legitimität, das heißt den Glauben an die Rechtmäßigkeit ihrer Gewaltausübung und ihrer Herrschaftsansprüche erzeugen konnten. Schutzversprechen in einem zunehmend gewaltsamen Umfeld waren dafür zentral. Zudem bot sich marginalisierten Gruppen mit dem Auftreten jihadistischer Gewalt die Gelegenheit zur sozialen Revolte. ISSP und JNIM konnten somit erfolgreich Mitglieder rekrutieren und sich auch ohne permanente stationäre Präsenz in einigen Gegenden als alternative Ordnungsmacht etablieren.

Nachhaltige Stabilisierungsbemühungen in Niger sollten daher lokale Missstände und Konfliktlagen identifizieren und bearbeiten, die eine Mobilisierung durch jihadistische Gruppen begünstigen und deren Gewaltordnungen legitimieren.

Inhalt

Einleitung	1
Gouvernance- und Ressourcenkonflikte – ein Nährboden für jihadistische Mobilisierung	2
Kampf um Weideland und Wasserstellen – die Entstehungsgeschichte von ISSP in Nord- Tillabéri	4
Bandenkriminalität, Dorfmilizen und die Anfänge von JNIM in Süd-Tillabéri	5
Legitimität jihadistischer Gewaltordnungen	7
Gewalteskalation und Schutzversprechen	7
Jihadismus als sozialer Aufstand	10
Schlussfolgerungen	13

Einleitung

Niger gilt mit seiner demokratisch legitimierten Regierung in Deutschland und Europa als letzte Bastion der Stabilität in der von politischen und humanitären Krisen betroffenen Sahelregion. Das Land ist somit zum bevorzugten Partner im Kampf gegen Terrorismus, organisierte Kriminalität und illegale Migration geworden. Doch auch Niger ist Schauplatz jihadistischer Gewalthandlungen. Lokale Ableger von al-Qaida und des Islamischen Staats (IS) haben besonders in der Region Tillabéri, an der Grenze zu Mali und Burkina Faso, an Einfluss gewonnen. Das Vorgehen der jihadistischen Gruppen beschränkt sich nicht nur auf medienwirksame Anschläge gegen nigrische und internationale Sicherheitskräfte und Zivilist*innen. Gerade in den letzten Jahren haben sowohl die Gruppe ‚Islamischer Staat Sahel Provinz‘ (ISSP) als auch die al-Qaida-treue ‚Jama'at Nusrat al-Islam wal-Muslimin‘ (JNIM) ihre Kontroll- und Herrschaftsansprüche in einigen Gegenden immer erfolgreicher durchgesetzt.

In diesem Arbeitspapier werden die Entstehungsgeschichten und alltäglichen Vorgehensweisen von ISSP und JNIM in Nigers Tillabéri-Region nachgezeichnet, um zu analysieren, wie sich diese Erfolge erklären lassen. Das Paper stützt sich auf die Auswertung von Sekundärliteratur und Medienbeiträgen, Expert*inneninterviews sowie auf mehrere (Forschungs-)Aufenthalte in Tillabéri (Oktober 2009 – Dezember 2012) und Niamey (Juni und August 2022).¹



¹ Für die Erstellung dieses Working Papers hat die Autorin während zweier Forschungsaufenthalte in Niamey im Juni und August 2022 Interviews mit Dorfbewohner*innen, Vertreter*innen von mobilen Viehzüchter*innen und Ackerbauern und -bäuerinnen, politischen Entscheidungsträger*innen, lokalen Journalist*innen, Sicherheitskräften, Mitarbeiter*innen lokaler und internationaler Nichtregierungsorganisationen (NRO) und internationalen Organisationen geführt. Zwischen 2009 und 2012 war die Autorin zudem als zivile Friedensfachkraft in der Tillabéri-Region tätig und hat in diesem Rahmen Analysen lokaler Konfliktdynamiken erstellt.

Gouvernance- und Ressourcenkonflikte – ein Nährboden für jihadistische Mobilisierung

Als Ursache für bewaffnete Gewalt wird oft fragile oder gescheiterte Staatlichkeit angesehen. In Nigers ländlichen Regionen waren Repräsentanten staatlicher Institutionen schon seit der Unabhängigkeit 1960 nur eine von vielen, teils miteinander konkurrierenden, teils kooperierenden Akteursgruppen mit Macht- und Herrschaftsansprüchen. ‚Traditionelle‘ Chefs und religiöse Führer, aber auch Schmugglernetzwerke, kriminelle Banden, bewaffnete Selbstverteidigungsmilizen sowie internationale Organisationen und Nichtregierungsorganisationen (NRO) waren vor allem in peripheren Gebieten wie der Grenzregion Tillabéri maßgeblich an der alltäglichen Gestaltung der sozialen und politischen Ordnung beteiligt. In diesen ‚hybriden Ordnungen‘² überlagerten sich unterschiedliche Herrschaftsformen und Rechtsvorstellungen. Kompetenzkonflikte, Machtmissbrauch, Klientelismus und Korruption, aber auch temporäre Arrangements bestimmten die fragilen Beziehungen zwischen den unterschiedlichen Akteuren.³ So nutzten beispielsweise sowohl die verschiedenen Militärregime als auch die demokratisch gewählten Regierungen bis heute die von der französischen Kolonialverwaltung eingesetzten ‚traditionellen‘ Chefs als Stellvertreter, um Steuern zu erheben oder lokale Konflikte durch nicht-kodifizierte Bräuche zu regeln.⁴ Obwohl per Statut apolitisch, wurden die ‚traditionellen‘ Chefs wegen ihrer Regierungsnähe jedoch von Teilen der Bevölkerung der Parteilichkeit bezichtigt oder aber der Ausnutzung ihrer Privilegien für eigene Zwecke.⁵ Mobile Viehzüchter*innen der Peul in Nord-Tillabéri sahen sich zudem nicht ausreichend in den verschiedenen Instanzen repräsentiert und somit diskriminiert. Sie beklagten beispielsweise einen systematischen Ausschluss von humanitären Hilfsleistungen, die seit der Unabhängigkeit Nigers durch die ‚traditionellen‘ Kantonchefs verteilt werden.

Neben Konflikten um politische Repräsentation und Partizipation ist der Zugang zu natürlichen und extraktiven Ressourcen in Tillabéri besonders spannungsgeladen. Über 80% der Bevölkerung leben von Ackerbau, Viehzucht und Fischerei.⁶ Klimawandel und wiederkehrende Dürren, Bevölkerungswachstum, aber auch umstrittene Landverteilungspraktiken haben die Verfügbarkeit der natürlichen Ressourcen in den letzten Jahrzehnten zunehmend

² Boege, Volker, M. Anne Brown und Kevin P. Clements. 2009. „Hybrid Political Orders, Not Fragile States.“ *Peace Review* 21, no. 1: 13–21.

³ Dicko, Abdou-Rahamane und Issaka Idrissa Mossi. 2020. *Rapport des Concertations régionales sur la problématique de la radicalisation et de l’extrémisme violent. Région de Tillabéri*. Niamey: Centre National d’Etudes Stratégiques et de Sécurité, 28.

⁴ Molenaar, Fransje, Jonathan Tossell, Anna Schmauder, Abdourahmane Idrissa und Rida Lyammouri. 2019. *The Status Quo Defied. The Legitimacy of Traditional Authorities in Areas of Limited Statehood in Mali, Niger and Libya*. Den Haag: The Clingendael Institute, 53–79.

⁵ Idrissa, Rahmane und Bethany McGann. 2022. *Méfiance et déséquilibre. L’effondrement des relations intercommunautaires et la montée de la mobilisation communautaire armée à la frontière Niger-Mali*. Washington, D.C.: RESOLVE Network.

⁶ République du Niger, Région de Tillabéri, Conseil Régional. 2016. *Plan de Développement Régional 2016–2020. Plan d’Action*, 13.

beschränkt und zu Ernteausfällen, dezimierten Vieh- oder Fischbeständen und Ernährungsunsicherheit geführt.⁷

Einen Ausweg erhoffte sich die Regierung unter Seyni Kountché (1974–1987) durch den Abbau von Gold in Tillabéri. Mitte der 1980er Jahre begann nach einer besonders schweren Dürre die Prospektion in der Region.⁸ Sie mündete letztlich in eine unkontrollierte Proliferation von Abbaustätten,⁹ die zu einem Anziehungspunkt für Zehntausende Goldgräber*innen wurden.¹⁰ Die Folge war ein Anstieg von Kriminalität und interkommunalen Spannungen und Konflikten, beispielsweise um Landrechtsfragen.¹¹

In diesem Klima der wachsenden Unsicherheit wurden Auseinandersetzungen immer gewaltsamer ausgegossen – letztlich auch durch eine erhöhte Zirkulation illegaler Kleinwaffen seit den 1990er Jahren. Interkommunale Zusammenstöße zwischen sesshaften Ackerbauern und -bäuerinnen und mobilen Viehzüchter*innen forderten seit 2008 in Tillabéri immer wieder zahlreiche Todesopfer,¹² obgleich die beiden sozio-ökonomischen Systeme im kollektiven Gedächtnis beider Gruppen als komplementär angesehen werden. Die zunehmende Verknappung von Weideflächen verschärfte aber auch Streitigkeiten unter mobilen Viehzüchter*innen entlang der nigrisch-malischen Grenze. Insbesondere nigrische Peul sahen sich durch systematisch organisierte Plünderungen und Gewaltakte unter Komplizenschaft staatlicher Akteure marginalisiert und in ihrer Existenz bedroht.¹³

Staatliche Bemühungen, die Ressourcenkonflikte zu regulieren, scheiterten oft an der Umsetzung. Die Handlungsfähigkeit der kommunalen und lokalen Landrechtskommissionen, die im Zuge des 2004 begonnenen Dezentralisierungsprozesses eingesetzt wurden, war auf Grund der divergierenden Interessen und Machtansprüche der Gremiumsmitglieder oft begrenzt. So waren beispielsweise ‚traditionelle‘ Dorfchefs als Leiter der lokalen Kommissionen häufig selbst Besitzer größerer Ländereien und versperrten mit ihren Feldern mobilen Viehzüchter*innen den Zugang zu Wasserstellen.

Von der politischen Elite in Nigers Hauptstadt Niamey wurden Konflikte in der Peripherie lange Zeit nicht als Sicherheitsproblem betrachtet. Die gängige Meinung, es handle sich um „Banditentum tief im Buschland“,¹⁴ missachtete die politische Dimension der Gewalt und deren Eskalationspotential. Auch für die internationale Staatengemeinschaft galt Niger trotz periodisch aufflammender Tuareg-Rebellionen nicht als Krisenland.¹⁵

Lokale Konflikte um politische Repräsentation und Partizipation, um Ressourcennutzung oder die Kontrolle von informellen Bergbaugebieten und Handelsrouten boten jedoch transnationalen jihadistischen Organisationen einen fruchtbaren Boden, um vor Ort Kämpfer und Unterstützer*innen zu rekrutieren und somit neue Territorien für ihre

⁷ International Committee of the Red Cross (ICRC). 2011. *Niger: North Tillabéri in the Grip of Violence and Drought*; Carayol, Rémi. 2019. *Nord-Tillabéri, Niger. Les éleveurs pris au piège du djihad armé*. Orient XXI.

⁸ Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD). 2018. *Gold at the Crossroads Assessment of the Supply Chains of Gold Produced in Burkina Faso, Mali and Niger*.

⁹ 2015 existierten neben einer industriell bewirtschafteten Mine weitere 69 informell betriebene Abbaustätten, deren Produktion die OECD auf 2 Tonnen pro Jahr schätzt (OECD. 2018, 6).

¹⁰ Yonlihinza, Issa Abdou. 2017. „As More People Flock to Niger’s Gold Mines, Economic Boon May Become a New Migration Risk“. *The Conversation*, 15. Mai 2017; OECD. 2018.

¹¹ La Libre Afrique. 2017. *Niger: les orpailleurs artisanaux évincés d’un site aurifère*, 18. Juli 2017; Yonlihinza, Issa Abdou. 2017.

¹² ICRC. 2011.

¹³ Guichaoua, Yvan. 2016. „Mali-Niger : une frontière entre conflits communautaires, rébellion et djihad“. *Le Monde*, 20. Juni 2016.

¹⁴ Vortrag Wissenschaftler, Universität Abdou Moumouni, Niamey, 27. Juni 2022; siehe auch Thurston, Alexander. 2020. *Jihadists of North Africa and the Sahel. Local Politics and Rebel Groups*. Cambridge: Cambridge University Press, 223.

¹⁵ Ibrahim, Ibrahim Yahaya. 2014. *Niger in the Face of the Sahelo-Saharan Islamic Insurgency. Precarious Stability in a Troubled Neighborhood*. University of Florida, Sahel Research Group, Working Paper No. 004; Schönegg, Günter und Salifou Noufou. *Der Zivile Friedensdienst als Instrument der zivilen Krisenprävention im Niger*. Ziviler Friedensdienst (ZFD), Eirene, Deutscher Entwicklungsdienst (DED).

Machtansprüche zu erschließen.¹⁶ Für Akteure aus Tillabéri ergab sich hingegen mit dem Auftreten jihadistischer Gruppen und der Eskalation von Gewalt die Gelegenheit, ihre eigenen politischen, ökonomischen oder sozialen Interessen in einem Kontext zunehmender Unsicherheit mit der Waffe durchzusetzen bzw. zu verteidigen.

Kampf um Weideland und Wasserstellen – die Entstehungsgeschichte von ISSP in Nord-Tillabéri

ISSP ist aus einer Reihe von Zusammenschlüssen und Abspaltungen militanter salafistisch-jihadistischer Gruppen in der Grenzregion Mali-Burkina Faso-Niger hervorgegangen. Bis zur Anerkennung als eigenständige ‚Provinz‘ des Islamischen Staates im März 2022 war ISSP unter dem Namen Islamischer Staat Große Sahara (ISGS) bekannt.¹⁷

Die Entstehungs- und Erfolgsgeschichte von ISSP bzw. ISGS in Tillabéri wird auf einen jahrzehntealten grenzüberschreitenden Konflikt um Weideland- und Wassernutzung zwischen nigrischen Peul aus Nord-Tillabéri und malischen Daoussahak-Tuareg zurückgeführt, der sich zunächst in Form von gegenseitigem Viehdiebstahl manifestierte.¹⁸ Im Zuge der auf beiden Seiten der Grenze aufflammenden Tuareg-Rebellionen in den 1990er Jahren und dem vermehrten Umlauf von Waffen wurden die Auseinandersetzungen immer blutiger ausgetragen.¹⁹ Als es 1997 zu einem Massaker von Tuareg an Peul mit mehr als 50 Toten kam,²⁰ gründeten Angehörige der Peul die ‚Nord-Tillabéri-Selbstverteidigungs-Miliz‘. Diese löste sich zwar 2011 im Zuge eines Versöhnungsprozesses zwischen beiden Gruppierungen auf,²¹ die Forderung der demobilisierten Milizionäre, entweder in die nigrischen Sicherheitskräfte integriert zu werden oder aber alternative Einkommensmöglichkeiten zu erhalten, wurde hingegen nicht erfüllt.²²

Als mit dem Zusammenbruch des Gaddafi-Regimes 2011 malische Tuareg-Kämpfer aus Libyen nach Nord-Mali zurückkehrten und es dort 2012 erneut zu einer Tuareg-Rebellion kam, entflammte auch der alte Konflikt zwischen Tuareg und Peul in den Grenzregionen wieder. Die vom späteren ISGS-Anführer Adnan Abu Walid al-Sahrawi 2011 gegründete ‚al-Qaida im Maghreb‘-Splittergruppe ‚Jama’at at-Tawhid wa-l-Jihad fi Gharb Ifriqiya‘, bekannt unter dem französischen Kürzel MUJAO,²³ nutzte die interkommunalen Spannungen zwischen Tuareg und Peul aus, um ehemalige Mitglieder der offiziell demobilisierten nigrischen Peul-Miliz zu rekrutieren.²⁴ Im Verbund mit anderen islamistischen Gruppen vertrieb MUJAO anschließend die Tuareg-Milizen der Nationalen Befreiungsbewegung des Azawad (Mouvement National de Libération de l’Azawad, MNLA) aus ihren Hochburgen in

¹⁶ Thurston. 2020, 211; Bøås, Morten, Abdoul Wakhab Cissé und Laouali Mahamane. 2020. „Explaining Violence in Tillabéri: Insurgent Appropriation of Local Grievances?“, *The International Spectator*, 55:4, 124–125.

¹⁷ ACLED. 2023. *Actor Profile: The Islamic State Sahel Province*. 13. Januar 2023.

¹⁸ Thurston. 2020. 209.

¹⁹ Warner, Jason, Ryan O’Farrell, Héni Nsaibia und Ryan Cummings. 2021. *The Islamic State in Africa. The Emergence, Evolution, and Future of the Next Jihadist Battlefield*. London: C Hurst & Co Publishers, 182–183; International Crisis Group. 2018. *A la frontière Niger-Mali, le nécessaire dialogue avec les hommes en armes*, OP-ED Africa, 22. Juni 2018; Interview mit Viehzüchter, Niamey, 21. Juni 2022.

²⁰ Poteaux, David. 2022. *Série (2), le jihad peul dans la zone des "trois frontières"*. Mondafrique, 11. Januar 2022.

²¹ Zandonini, Giacomo und Francesco Bellina. 2019. *Niger, Part 3: Guns Won’t Win the War*. The New Humanitarian, Special Report, 15. April 2019; Thurston 2020, 209.

²² Interview mit dem Präsidenten einer Viehzüchter-Vereinigung, Niamey, 12. August 2022.

²³ Mouvement pour l’unicité et le jihad en Afrique de l’Ouest.

²⁴ Die Loyalitäten definierten sich jedoch nicht nur entlang der ethnischen Zugehörigkeiten. So sollen sich beispielsweise auch einige Peul der MNLA angeschlossen haben, um Zugang zu Weidflächen in den Gebieten zu erhalten, die die Tuareg-Miliz kontrollierte (International Crisis Group (ICG). 2018. *Frontière Niger-Mali: mettre l’outil militaire au service d’une approche politique*. Rapport Afrique N°261, 12 juin 2018).

Nord-Mali. Unter den Rekruten befanden sich auch die beiden Nigrer Doundou Chefou und Aboubacar „Petit“ Chafari,²⁵ die in den folgenden Jahren als ISGS-Kommandeure für viele Anschläge in Niger verantwortlich gemacht wurden.²⁶

Für die meist jungen, männlichen Viehzüchter aus Nord-Tillabéri, die sich MUJAO anschlossen, war jedoch die jihadistische Idee unbedeutend. Sie hatten weder eine Koranschule besucht, noch praktizierten sie das ansonsten in der nigrischen Gesellschaft fest verankerte islamische Ritualgebet, wenn sie mit ihren Viehherden unterwegs waren. Vielmehr sahen sie in der Teilnahme an den bewaffneten Auseinandersetzungen in Nord-Mali die Möglichkeit, ihre Position im jahrzehntealten Konflikt mit malischen Daoussahak-Tuareg zu stärken und sich und ihre Familien besser vor Angriffen zu schützen.²⁷

Als im Januar 2013 die islamistischen Gruppierungen durch die französische Militäroperation Serval aus Nord-Mali vertrieben wurden, zog sich MUJAO-Anführer al-Sahrawi aus Gao in die Gebiete entlang der malisch-nigrischen Grenze zurück.²⁸ 2015 deklarierte er die Zugehörigkeit seiner bewaffneten Gruppe zum Islamischen Staat in Irak und Syrien (ISIS) und ernannte sich selbst zum Emir.²⁹

Durch seine Allianz mit den ehemaligen nigrischen Peul-Milizionären konnte sich seine von nun an als ISGS bezeichnete Organisation in Nord-Tillabéri erfolgreich als Gewaltakteur etablieren.³⁰

Bandenkriminalität, Dorfmilizen und die Anfänge von JNIM in Süd-Tillabéri

Auch bei der Entstehung von JNIM-affilierten Gruppierungen in Niger spielen lokale Konfliktlagen eine bedeutende Rolle. Dabei waren jedoch weniger Ressourcenkämpfe oder interethnische Spannungen ausschlaggebend, sondern Auseinandersetzungen zwischen organisierten kriminellen Banden, die in den Grenzgebieten zwischen Niger und Burkina Faso, im Südwesten der Region Tillabéri, um die Kontrolle von Goldminen und Handelsrouten konkurrierten und in Viehdiebstähle, Straßenblockaden und bewaffnete Raubüberfälle mit zahlreichen Todesopfern verwickelt waren.³¹

Angesichts der zunehmenden Unsicherheit äußerten Dorfbewohner*innen im Departement Torodi 2016 den Wunsch, ähnlich den ‚Koglweogo‘³² im benachbarten Burkina Faso Selbstverteidigungsgruppen zu gründen, um sich gegen die Gewalt der kriminellen Banden

²⁵ Auch bekannt unter dem Namen Ousmane Illiassou Djibo oder Khaled Foulani.

²⁶ So sollen beide beispielsweise an einem Angriff auf eine von US-Soldaten begleitete Patrouille der Nigrischen Armee nahe der Ortschaft Tongo Tongo in Nord-Tillabéri am 4. Oktober 2017 beteiligt gewesen sein (Fall, Idrissa und Koura Bagassi. 2017. *Villagers Suspected of Luring US Soldiers into Niger Ambush*, Voice of Africa, 23. Oktober 2017).

²⁷ Interview mit dem Repräsentanten einer Viehzüchtervereinigung, Niamey, 12. August 2022; Lacher, Wolfram und Guido Steinberg. 2015. „Transnationaler Jihadismus, lokal verwurzelt: AQIM und MUJAO in der Sahara.“ In *Jihadismus in Afrika. Lokale Ursachen, regionale Ausbreitung, internationale Verbindungen*, SWP-Studie 7/2015, herausgegeben von Guido Steinberg und Annette Weber, 86.

²⁸ International Crisis Group (ICG). 2020. *Sidelining the Islamic State in Niger's Tillabery*. Africa Report N°289, 3 Juni 2020, 4; Bøås et al. 2020, 126.

²⁹ ICG. 2020, 4; al-Sahrawis Treueeid wurde jedoch erst im Oktober 2016 von ISIS-Anführer Abubakr al-Baghdadi anerkannt (European Council on Foreign Relations. *Mapping Armed Groups in Mali and the Sahel. The Islamic State in the Greater Sahara (ISGS)*.)

³⁰ ICG. 2020, 4; Bøås et al. 2020, 126.

³¹ Interview mit Mitarbeiter des Centre National de coordination du mécanisme d'Alerte Précoce et de Réponse aux Risques Sécuritaires (CNAP), Niamey, 27. Juni 2022; Quidelleur, Tanguy. 2020. *The Local Roots of Violence in Eastern Burkina Faso: Competition over Resources, Weapons and the State*. Noria Research, 28. Januar 2020.

³² Frowd, Philippe M. 2022. „The Politics of Non-State Security Provision in Burkina Faso: Koglweogo Self-Defence Groups' Ambiguous Pursuit of Recognition.“ *African Affairs* 121, no. 482: 109–130.

wehren zu können. Ihr Anliegen wurde von lokalen Eliten unterstützt.³³ Auch wenn die Selbstverteidigungsgruppen in Torodi niemals formell autorisiert wurden, so soll nigrischen Medienberichten zufolge Mohamed Bazoum, damals Innenminister Nigers, im Oktober 2016 grünes Licht für die Gründung der sogenannten ‚Korogo‘³⁴ gegeben haben.³⁵

Das dem Kabinett des Premierministers angegliederte Nationale Koordinierungszentrum für Sicherheitsrisiken (CNAP) geht davon aus, dass die ‚Korogo‘ in Torodi innerhalb von zwei Jahren über 1000 Mitglieder rekrutierten, von denen die meisten selber in kriminelle Aktivitäten involviert waren. Es handelte sich demnach um „ehemalige Banditen, die andere Banditen im Busch aufspürten“.³⁶

Innerhalb kürzester Zeit wurden mit Hilfe der ‚Korogo‘ zahlreiche Verhaftungen durchgeführt, im Zuge deren es laut CNAP auch zu Menschenrechtsverletzungen wie Folter gekommen sein soll.³⁷

Auch wenn die Gegend daraufhin zunächst ruhiger wurde, schlossen sich einige Mitglieder der Banden, die sich den brutalen Verhaftungen entziehen konnten, in Mali jihadistischen Gruppen an. Ende 2018 kehrten sie schwer bewaffnet in ihre Dörfer im Südwesten Nigers zurück, um ihre ursprünglichen Einflusszonen wiederzugewinnen – im Namen von JNIM. Die Mitglieder der ‚Korogo‘ waren dabei ihr erstes Angriffsziel und in weniger als einem Jahr hatten sich alle Dorfmilizen aufgelöst.³⁸

³³ Interview mit Mitarbeiter des CNAP, 8. November 2022.

³⁴ „Korogo“ ist eine lokale Adaptation der Bezeichnung „Koglowego“, was auf Mòoré „Schützer des Buschlands“ bedeutet.

³⁵ Hamaye, Abderrahmane Ben. 2017. *Tillabéri: Forum sur la sécurité, la prévention des conflits, la coexistence pacifique, le changement des mentalités et le développement à Torodi*. Nigerdiaspora, 29. Mai 2017.

³⁶ Internes Analysedokument des CNAP.

³⁷ Interview mit Mitarbeiter des CNAP, Niamey, 27. Juni 2022; Internes Analysedokument des CNAP.

³⁸ Ibid.

Legitimität jihadistischer Gewaltordnungen

Innerhalb weniger Jahre weiteten ISGS und JNIM ihre Einflusszonen in Nigers Tillabéri-Region erfolgreich aus. Dabei war ihr Vorgehen weniger von dem Versuch bestimmt, die territoriale Vorherrschaft zu übernehmen. Vielmehr gelang es beiden Gruppierungen, sich in einigen Gegenden auch ohne permanente stationäre Präsenz als alternative Ordnungsmacht zu etablieren und somit die Bevölkerung vor Ort unter ihre Kontrolle zu bringen.³⁹

Durch die Mobilisierung verschiedener lokaler Konfliktakteure und ein Eingreifen in lokale Konfliktdynamiken konnten sowohl ISGS als auch JNIM unter Teilen der Bevölkerung Legitimität, das heißt den Glauben an die Rechtmäßigkeit ihrer Gewalt und ihrer Herrschaftsansprüche erzeugen.⁴⁰

Von großer Bedeutung waren dafür Schutzversprechen in einem zunehmend gewaltsamen Umfeld. Zudem bot sich marginalisierten Gruppen mit dem Auftreten jihadistischer Gewalt die Gelegenheit zur sozialen Revolte.⁴¹

Gewalteskalation und Schutzversprechen

ISGS erlangte zunächst durch medienwirksame Anschläge gegen Sicherheitskräfte in Nord-Tillabéri und Tahoua internationale Aufmerksamkeit.⁴² Einer der blutigsten Angriffe, zu dem sich der Islamische Staat offiziell bekannte, ereignete sich am 10. Dezember 2019 in Inatès in Nord-Tillabéri und richtete sich gegen eine Militärbasis. 71 nigrische Soldaten verloren dabei ihr Leben.⁴³ Angaben des Verteidigungsministeriums zufolge handelte es sich bei den Angreifern um mehrere Hundert schwer bewaffnete und taktisch gut organisierte Kämpfer.⁴⁴ Nur zwei Jahre zuvor war die Anhängerzahl der Organisation noch auf unter 80 geschätzt worden.⁴⁵

Der Mobilisierungserfolg erklärt sich zunächst durch weitere Stufen der Gewalteskalation im historisch gewachsenen Konflikt zwischen Peul und Tuareg in den nigrisch-malischen Grenzgebieten.

Fehlende staatliche Sicherheitsgarantien ließen für einige Peul aus Nord-Tillabéri eine Liaison mit al-Sahrawi weiterhin als die einzige Möglichkeit erscheinen, sich vor Angriffen zu

³⁹ Bøås et al. 2020.

⁴⁰ Schlichte, Klaus und Ulrich Schneckener. 2015. "Armed Groups and the Politics of Legitimacy." *Civil Wars* 17, no. 4: 409–424.

⁴¹ Legitimität wird hier nicht als normatives Konzept oder als substantielle Eigenschaft verstanden, sondern in Anlehnung an die jüngere sozialwissenschaftliche Forschung zu Rebellenherrschaft als relationale, empirische Kategorie (vgl. Schlichte und Schneckener 2015; Weigand, Florian. 2017. "Afghanistan's Taliban – Legitimate Jihadists or Coercive Extremists?" *Journal of Intervention and Statebuilding* 11, no. 3: 359–381; Malthaner, Stefan. 2018. "Gewalt, Kontrolle, Legitimität." *Mittelweg* 36, 27, no. 2: 3–16; Sukanya Podder. 2017. "Understanding the Legitimacy of Armed Groups: A Relational Perspective." *Small Wars & Insurgencies*, no. 28: 686–708). Legitimität ist demnach ein Mechanismus der sozialen Kontrolle, der in alltäglichen Wahrnehmungs- und Interpretationsprozessen entsteht. Akzeptanz, Loyalität und moralische Ordnungen, aber auch Abhängigkeiten und Opportunitäten sind für die Herausbildung von Legitimität zentral (Malthaner. 2018, 15). Legitimität steht demnach nicht im Widerspruch zu Praktiken der Abschreckung, Gewaltanwendung oder -androhung, die von nichtstaatlichen Gewaltakteuren als politisches Mittel zur Erlangung von Compliance eingesetzt werden (Podder. 2017, 688).

⁴² Thurston. 2020.

⁴³ Jeuneafrique. 2019. *Niger: l'État islamique revendique l'attaque d'Inates*. 12. Dezember 2019.

⁴⁴ Ibid.

⁴⁵ Cocks, Tim und David Lewis. 2017. "Why Niger and Mali's Cattle Herders Turned to Jihad." *Reuters*, 12. November 2017.

schützen.⁴⁶ Diskriminierungserfahrungen im Zuge staatlicher Gegenoffensiven erklären zudem, warum die im Namen von ISGS verübten Anschläge auf staatliche Sicherheitskräfte Zuspruch fanden.

Ein Schlüsselereignis stellt in dieser Hinsicht die Attacke bewaffneter Tuareg auf ein Peul-Dorf in Nord-Tillabéri im Februar 2014 dar, bei der staatliche Sicherheitskräfte trotz Hilfesuchen der Dorfbewohner*innen nicht intervenierten. Erst mit Unterstützung der aus Mali zurückgekehrten Peul-Milizionäre konnte der Angriff abgewehrt werden. Einseitige Verhaftungen von Peul im Anschluss an die Kämpfe verstärkten die Wahrnehmung staatlicher Repression und rechtfertigten für einige Angehörige der Peul den Entschluss, nun auch mit Waffengewalt „gegen die Interessen des nigrischen Staates“ vorzugehen.⁴⁷

In einer anschließenden Serie von Vergeltungsschlägen gegen nigrische Sicherheitskräfte und Gefängnisse verfestigte sich die Beziehung zwischen al-Sahrawi und den nigrischen Peul-Milizionären.⁴⁸

Militärische Antiterroroperationen trugen zu einer weiteren Fragmentierung der Gesellschaft und zu einer Eskalation der Gewalt bei, durch die sich ISGS als regionale Schutzmacht behaupten konnte.⁴⁹ Immer wieder sahen sich Peul auf Grund ihrer ethnischen Zugehörigkeit als potentielle Terroristen oder Unterstützer*innen stigmatisiert und willkürlicher Gewalt ausgesetzt.⁵⁰ Insbesondere die Kollaboration Frankreichs und Nigers mit den mali-schen Tuareg-Milizen MSA und GATIA in den Jahren 2017 und 2018 verschärfte die gesellschaftlichen Spannungen in Nord-Tillabéri und befeuerte die Radikalisierung und Rekrutierung von Peul in die Ränge der jihadistischen Gruppierungen.⁵¹ Sie wurde unter den Peul als Ausdruck einer international gestützten Strategie der „ethnische Säuberung“ gedeutet⁵² und führte zu einer weiteren Serie von Anschlägen.⁵³ Militärische Gegenoffensiven forderten indes immer wieder zahlreiche zivile Opfer.⁵⁴

Die Abwesenheit staatlicher Sicherheitsgarantien sowie die Gewalt- und Diskriminierungserfahrungen verhalfen ISGS in Nord-Tillabéri jedoch nicht nur zu Mobilisierungserfolgen und zu einem gewissen Maß an Rückhalt für Anschläge gegen staatliche Institutionen. Sie ermöglichten es der Gruppe auch, auf lokaler Ebene politische Autorität und soziale

⁴⁶ ICG. 2018, 9.

⁴⁷ Ibid.; Unter den verhafteten Peul befand sich auch der Milizionär und MUJAO-Anhänger „Petit Chafori“, der jedoch im Dezember 2014 im Zuge von Verhandlungen zur Befreiung der französischen Geisel Serge Lazarevic wieder auf freien Fuß gesetzt wurde (Interview mit Viehzüchter, Niamey, 21. Juni 2022; ICG. 2018, 10; ICG. 2020, 19).

⁴⁸ ICG. 2018, 8–10; so wurde beispielsweise während eines simultanen Angriffs auf die Sicherheitskräfte eines Camps für Geflüchtete aus Mali in Mangaizé und ein Gefängnis in Ouallam am 30. Oktober 2014 eine bedeutende Anzahl von inhaftierten MUJAO-Kämpfern befreit (RFI. 2014. „Niger: neuf membres des forces de sécurité tués dans des attaques.“ 31. Oktober 2014).

⁴⁹ Thurston. 2020, 212–215; ICG. 2020, 8; Bøås et al. 2020, 127.

⁵⁰ Interview mit dem Repräsentanten einer Viehzüchtervereinigung, Niamey, 12. August 2022; Pellerin, Mathieu. 2019. „Armed Violence in the Sahara. Are We Moving From Jihadism to Insurgency?“, Études de l’Ifri, Ifri, November 2019, 25.

⁵¹ Bouhlel, Ferdaous, Arthur Boutellis, Kamissa Camara, Florent Geel, Yvan Guichaoua, Ibrahim Yahaya Ibrahim, Jean-Hervé Jezequel, Andrew Lebovich, Mathieu Pellerin, Boukary Sangaré, Aurélien Tobie, Gilles Yabi. 2018. „La France doit rompre avec la rhétorique martiale qui prévaut au Sahel.“ Le Monde, 21. Februar 2018; Pellerin. 2019, 32–22; ICG 2018, ii und 16; ICG. 2020, 8; Interview mit Viehzüchter, Niamey, 21. Juni 2022.

⁵² ICG. 2020, 8; Interview mit Viehzüchter, Niamey, 21. Juni 2022.

⁵³ Allein zwischen Februar und Mai 2018 sollen nicht nur mehr als 200 vermeintliche ISGS-Mitglieder, sondern auch zahlreiche Zivilist*innen durch die Tuareg-Milizen getötet worden sein. Das Armed Conflict Location & Event Data Project (ACLED) geht von 65, Peul-Vereinigungen hingegen von 99 getöteten Zivilist*innen aus (ICG. 2020, 8).

⁵⁴ Die nigrische Nationale Menschenrechtskommission CNDH dokumentierte im Frühjahr 2020 die Hinrichtung von 71 unbewaffneten Zivilist*innen in der in Nord-Tillabéri gelegenen Landgemeinde Inatès durch nigrische Sicherheitskräfte (CNDH-Niger. 2020. Rapport de mission d’enquête, d’investigation, de vérification et d’établissement des faits relatif aux allégations portant sur la disparition de 102 personnes dans le département d’Ayorou, région de Tillabéri. Mai, Juni, Juli 2020, 49).

Kontrolle auszuüben, indem der Bevölkerung unter der Bedingung der Kollaboration und der Akzeptanz von Regeln Sicherheit versprochen wurde.⁵⁵

Exemplarisch hierfür steht die gut dokumentierte Attacke von ISGS-Kämpfern auf einen von US-Spezialeinheiten begleiteten nigrischen Militärkonvoi am 4. Oktober 2017 in der Nähe von Tongo Tongo, die mit Hilfe der Dorfbewohner*innen organisiert worden sein soll. Sie verdeutlicht die lokale Wahrnehmung der Rechtmäßigkeit dieser Protektionsarrangements vor dem Hintergrund fehlender staatlicher Sicherheitsgarantien. Der im Anschluss an den Überfall festgenommene Dorfchef von Tongo Tongo erklärte:

„Der Staat kann uns nicht beschützen, daher arbeiten wir mit den Jihadisten zusammen (...) Dies ist ein gefährlicher Ort. Wenn wir Schutz brauchen, wenden wir uns an die Jihadisten. Nur so können wir hier überleben.“⁵⁶

Auch der al-Qaida-treuen JNIM gelang es, durch Schutzversprechen Mitglieder anzuwerben und sich als alternative Ordnungsmacht Legitimität unter der Bevölkerung zu verschaffen. Während es sich bei den nigrischen Kämpfern noch 2018 um eine sehr geringe Anzahl ehemaliger Banditen gehandelt haben soll,⁵⁷ rekrutierte JNIM über die beiden Teilgruppen Katibat Macina und Katibat Gourma in den folgenden Jahren immer mehr Gefolgschaft.⁵⁸

Obleich es sich bei den aktiven Mitgliedern vornehmlich um Djalgodji-Peul aus Süd-Tillabéri handeln soll, stand die identitätspolitische Mobilisierung bei JNIM zunächst nicht im Vordergrund. Vielmehr gelang es JNIM, sich durch die „Jihadisierung von Banditen“⁵⁹ in den von Konkurrenz und Konflikten geprägten informellen bzw. illegalen Ökonomien in Süd-Tillabéri als Ordnungshüter zu etablieren.

Seit 2018 – dem Jahr der Rückkehr der von den ‚Korogo‘ vertriebenen Bandenmitglieder aus Mali – ist beispielsweise die Präsenz von Jihadisten in den Goldminen von Torodi dokumentiert.⁶⁰

Ähnlich wie im benachbarten Burkina Faso generierten die JNIM-affiliierten Gruppierungen jedoch nicht nur lukrative Einnahmen aus den Goldminen.⁶¹ Sie nutzten die anarchische und konfliktgeladene Organisation der Minen, um sich als neue Schutzmacht Akzeptanz und Legitimität unter Arbeiter*innen und Händler*innen zu verschaffen.⁶² Heutzutage sollen die Minen Bouloundjounga (Gothey), Mamassey (Torodi) und Tangounga (Makalondi) vollständig unter jihadistischer Kontrolle sein.⁶³ Die im Nationalpark W gelegene informell betriebene Goldmine von Tamou wurde erst im Oktober 2022 Ziel einer umstrittenen

⁵⁵ Die Durchsetzung Sharia-inspirierter Regelvorstellungen und die Einforderung von Steuern („Zakat“) bestimmten seit 2020 die Vorgehensweise von ISGS in Niger.

⁵⁶ Sahelien.com. 2017. *Niger: Abou Walid Al-Sahraoui soupçonné d'être derrière l'attaque de Tongo Tongo*. 1. November 2017; Raghavan, Sudarsan. 2017. „In the Area where U.S. Soldiers Died in Niger, Islamist Extremists Have Deep Roots.“ *The Washington Post*, 20. November 2017.

⁵⁷ Laut CNAP handelte es sich noch 2018 um nur 11 ehemalige Banditen, die den nigrischen Sicherheitsbehörden wohlbekannt waren (Interview mit Mitarbeiter des CNAP, Niamey, 27. Juni 2022).

⁵⁸ Internes Analysedokument des CNAP; Katibat Gourna ist auch unter dem Namen Katibat AAA oder Katibat 3A bekannt (vgl. Weiss, Caleb. 2021. „Al Qaeda Field Commander Reported Killed in Mali.“ *FDD's Long War Journal*, 18. Oktober 2021).

⁵⁹ International Crisis Group (ICG). 2021. *South-western Niger: Preventing a New Insurrection*. Africa Report N°301, 29. April 2021, 12.

⁶⁰ Assanvo, William, Baba Dakono, Lori-Anne Thérroux-Bénoni und Ibrahim Maïga. 2019. *Violent Extremism, Organised Crime and Local Conflicts in Liptako-Gourma*. Institute for Security Studies (ISS), West Africa Report 26, Dezember 2019.

⁶¹ Ibid.; Quidelleur. 2020; Beevor, Eleanor. 2022. *JNIM in Burkina Faso. A Strategic Criminal Actor*. Geneva: Global Initiative Against Transnational Organised Crime; Interview mit Mitarbeiter einer internationalen NRO, Niamey, 22. Juni 2022

⁶² Assanvo et al. 2019; La Libre Afrique. 2017.

⁶³ Interview mit Mitarbeiter einer internationalen NRO, Niamey, 22. Juni 2022.

Antiterroroperation der nigrischen Armee, bei der offiziellen Angaben zufolge 11 Zivilisten das Leben verloren.⁶⁴

Doch nicht nur in den Goldminen, sondern auch in den umliegenden Gemeinden auf der westlichen Seite des Niger-Flusses gewann JNIM zunehmend als Ordnungsmacht an Geltung.⁶⁵ Das Vorgehen der kleinen, dezentral organisierten Einheiten wurde dabei im Vergleich zu ISGS zunächst als subtiler beschrieben. Anstatt durch spektakuläre Angriffe Aufmerksamkeit zu erregen, gelang es JNIM in einigen Gegenden, sich durch Einschüchterungsversuche, aber auch durch Überzeugungsarbeit sowie finanzielle und materielle Anreize auf der lokalen Ebene als legitime Alternative zum nigrischen Staat zu etablieren.⁶⁶ Neben der Propagierung religiös begründeter Wertevorstellungen und Regeln spielte auch beim Aufstieg von JNIM die Steuererhebung und die Sharia-basierte Rechtsprechung eine zentrale Rolle.

In der Wahrnehmung von Teilen der Bevölkerung in Süd-Tillabéri führte ein gesteigertes Sicherheitsgefühl zur Akzeptanz der neuen Ordnungshüter. So sollen seit der Präsenz von JNIM nicht nur die Zahl krimineller Gewaltdelikte, sondern auch die staatlicher Kontrollen gesunken sein, in denen die Bewohner*innen oft bloße Schikanen sahen. Interventionen der Sicherheitskräfte wurden hingegen als willkürlich empfunden und führten zu Protest. „JNIM fordert uns auf zu predigen, während der Staat uns tötet“, erklärte ein Dorfbewohner aus Makalondi in Süd-Tillabéri.

Jihadismus als sozialer Aufstand

Mit der Gewaltspirale erodierten zunehmend die fragilen Gefüge der sozialen und politischen Ordnung in Tillabéri, eine Entwicklung, die den Ausbruch weiterer, schon schwelender Konfliktherde befeuerte. Neben Schutz und Ordnung bot eine Allianz mit ISGS bzw. ISSP oder JNIM in diesem Kontext vor allem marginalisierten Gruppen die Gelegenheit, gegen soziale und politische Exklusion und gegen sozio-ökonomische Missstände zu revoltieren. Jihadistische Gewalt wurde somit zur politischen Ressource benachteiligter Bevölkerungsteile, um soziale und politische Eliten anzugreifen, rigide Sozialstrukturen aufzubrechen und gesellschaftliche Machtverhältnisse zu verändern.⁶⁷ ‚Traditionelle‘ Dorfchefs wurden lokalen Beobachter*innen zufolge beispielsweise nicht nur wegen ihrer Nähe zum Staat, sondern auch wegen ihrer oft umstrittenen Rolle bei der Regelung lokaler Konflikte immer wieder Opfer von Gewalt.

Die Mobilisierung von Peul aus Nord-Tillabéri in die Ränge jihadistischer Organisationen war maßgeblich von einem Streben der Rekrutierten nach mehr Gerechtigkeit bestimmt. Erfahrungen der Ungleichbehandlung durch staatliche Sicherheitskräfte und Rachemotive legitimierten für sie die gewaltsame Auflehnung gegen den nigrischen Staat.⁶⁸ Gefangene nigrische ISGS-Kämpfer gaben an, sich „nicht mehr als Nigrer gefühlt“ zu haben, da ihnen staatlicher Schutz sowie politische und soziale Teilhabe verwehrt geblieben seien. „Das

⁶⁴ Kaka, Moussa. 2022. *Les autorités nigériennes nient toute bavure lors d'une riposte à une attaque terroriste*. RFI, 26. Oktober 2022; Kaka, Moussa. 2022. *Niger: pas de bavure de l'armée lors de l'attaque de Tamou, conclut l'enquête de la CNDH*. RFI, 28. Dezember 2022.

⁶⁵ CNAP, internes Analysedokument.

⁶⁶ Amnesty International. 2021. *“I Have Nothing Left Except Myself”: The Worsening Impact on Children of Conflict in the Tillabéri Region of Niger*. London, 13. September 2021, 37–38.

⁶⁷ Antouly, Julien, Bokar Sangaré und Gilles Holder. 2021. *Le djihad dans le centre du Mali: lutte de classes, révolte sociale ou révolution du monde peul?* The Conversation, 23. September 2021; Quidelleur. 2020.

⁶⁸ ICG 2018, 10; Interview mit Mitarbeiter einer lokalen NRO, Niamey, 14. Dezember 2022; Interview mit dem Repräsentanten einer Viehzüchtervereinigung, Niamey, 12. August 2022; Pellerin. 2019, 24–26.

Verhalten der Armee und fehlende Justiz drängen die Bevölkerung zur Revolte“, fasste ein Vertreter einer Viehzüchtervereinigung zusammen.

Mehr noch als ISGS bzw. ISSP trieb jedoch JNIM einen Diskurs des sozialen Aufstands voran und präsentierte sich gegenüber der Bevölkerung als Befreier der Unterdrückten.

Die Protestrhetorik des malischen JNIM-Anführers Amadou Koufa, die sich nicht nur gegen politische, sondern auch traditionelle und religiöse Eliten richtete, stieß dabei auch unter marginalisierten Peul in Niger auf Anklang.⁶⁹ Während Koufa einerseits eine ethnische Orientierung seiner jihadistischen Bewegung verneinte und seine Sozialkritik noch 2017 die Peul-Elite einschloss,⁷⁰ verfolgte er ab 2018 eine dezidiert ethnisch begründete Mobilisierungsstrategie. In einem im November 2018 erschienenen Video rief er zum Aufstand der Peul auch in Malis Nachbarländern auf, um eine angeblich von Frankreich unterstützte ethnische Vernichtungskampagne zu verhindern.⁷¹ Sein Appell soll laut lokalen Beobachter*innen auch zur Rekrutierung junger Peul aus Nigers Hauptstadt Niamey geführt haben.

Die Wahrnehmungen sozialer Ungleichheit sowie alltägliche Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen trieben jedoch nicht nur Peul in die Arme von ISGS bzw. ISSP und JNIM. Auch Angehörige anderer ethnischer Gruppen sahen in der Liaison mit den jihadistischen Organisationen eine Chance für sozialen und politischen Aufstieg. Heutzutage gilt die Mitgliedschaft von Tuareg, Arabern, Djerma/Songhai und Hausa in den Rängen von ISSP als bestätigt,⁷² während JNIM in Niger lokalen Quellen zufolge auch Tuareg und Djerma/Songhai integriert haben soll.

In der Gegend um die Landgemeinde Bankilaré schlossen sich beispielsweise junge Männer aus den niedrigen Kasten der Tuareg den jihadistischen Gruppierungen an, um gegen ihre als Versklavung empfundene Ausbeutung zu revoltieren. Schwer bewaffnet kehrten sie in ihre Dörfer zurück, wo sich ihre Gewalt gegen die örtliche Aristokratie richtete. In anschließenden Verhandlungen war eine der zentralen Forderungen der Aufständischen die Besetzung von Schlüsselpositionen in der lokalen Verwaltung.⁷³

Das Anschließen an jihadistische Organisationen in Tillabéri kann letztlich aber auch als Aufstand der Jugend verstanden werden. Sowohl unter jungen Ackerbauern als auch unter Viehzüchtern ist ein Narrativ der Enttäuschung verbreitet über generationenübergreifende Zukunftsversprechen, die sich nicht erfüllt haben. Ein Antrieb ist die Unfähigkeit, auf Grund des steigenden demographischen Drucks und mangelnder Ressourcen tradierte maskuline Rollenmuster und Lebensformen weiterzuführen. Gefängnisinsassen, die nach ihren Motiven für den Anschluss an jihadistische Gruppen befragt wurden, nannten beispielsweise verlorene Erbstreitigkeiten um Ackerflächen und fehlende alternative Einkommensmöglichkeiten.

Aber auch die radikale Auslegung des Islam machte die jihadistischen Gruppierungen attraktiv für junge Menschen, die sich zuvor schon gegen moderatere Wertevorstellungen aufgelehnt hatten. Besonders in der Gegend um Makalondi hatten sich jüngere Peul und Gourmantché durch den Einfluss externer Prediger und karitativer Organisationen aus den

⁶⁹ Antouly et al. 2021.

⁷⁰ Thurston. 2020, 185–187; Roger, Benjamin. 2018. “Mali : Amadou Koufa, le visage peul d’Al-Qaïda.” Jeuneafrique, 20. November 2018.

⁷¹ Roger. 2018.

⁷² ACLED. 2023; Mit Ausnahme der Hausa sollen alle anderen Mitglieder ethnischer Gruppen unter dem Kommando eigener lokaler Emire stehen (Interview mit dem Repräsentanten einer Viehzüchtervereinigung, Niamey, 12. August 2022).

⁷³ Interview mit lokalem Entscheidungsträger, Bankilaré, 13. Dezember 2022; Interview mit Mitarbeiter einer lokalen NRO, Niamey, 14. Dezember 2022.

Golfstaaten im letzten Jahrzehnt zunehmend radikalisiert und damit interreligiöse und intergenerationelle Konflikte geschürt.⁷⁴

ISGS und JNIM boten den unterschiedlichen Akteuren nicht nur Schutz und Feuerkraft. Beide Gruppen konnten zudem auf der gewaltsamen Auflehnung der Bevölkerung gegen politische und soziale Eliten aufbauen, um ihre Autorität zu legitimieren. Besonders im Bereich der Konfliktregelung und Rechtsprechung entsprachen die Praktiken der jihadistischen Organisationen oft mehr den Bedürfnissen der Landbevölkerung als staatliche oder traditionelle Mechanismen. Von Bedeutung war dabei vor allem ihr Vorgehen gegen Landrechtsstreitigkeiten, Bandenkriminalität und organisierten Viehdiebstahl.⁷⁵ Die Rechtsprechung der Sharia-basierten mobilen Gerichte wurde im Unterschied zur staatlichen Justiz als unparteiisch und prompt wahrgenommen. Während lokale Bodenrechtskommissionen häufig Jahre brauchten, um einen Streitfall zu bearbeiten, wurde die Etablierung zeitnaher, informeller Entscheidungen und die direkte Ausführung von Bestrafungen durch JNIM und ISGS von Teilen der Bevölkerung begrüßt.⁷⁶

⁷⁴ Bode, Sambo. Ohne Datum. Tentative de caractérisation du lien entre jeunes éleveurs et extrémisme violent, et contributions possibles dans le domaine de la paix pour le ZFD (service civil pour la paix) de la GIZ. Draft de Rapport.

⁷⁵ Bøås et al. 2020, 129.

⁷⁶ Lyammouri, Rida. 2021. *Literature Paper: Jihadist Armed Governance in Mali*. Policy Center for the New South, Policy Brief PB-21/40, November 2021.

Schlussfolgerungen

Die Entstehungsgeschichte von ISGS und JNIM-affilierten Gruppen in Nigers Tillabéri-Region zeigt die Bedeutung lokaler politischer, sozialer und ökonomischer Missstände und Konfliktlagen für jihadistische Mobilisierung und die Legitimität jihadistischer Gewalt und Autorität.

Jihadismus in Niger ist dabei kein einheitliches Phänomen. Ethnisch aufgeladene Konflikte um den Zugang zu Ressourcen bildeten die Basis für die Entstehung von ISGS im Norden Tillabéris. JNIM profitierte bei der Gewinnung von Mitgliedern hingegen zunächst von der Konkurrenz zwischen verschiedenen kriminellen Banden und ihrer Verstrickung in informelle Ökonomien im Süden der Region.

Trotz der unterschiedlichen lokalen Wurzeln und Vorgehensweisen beider Gruppierungen konnten sich sowohl ISGS als auch JNIM in einem gesellschaftlichen Umfeld, das zunehmend von Gewalt geprägt war, erfolgreich als Schutz,- und Ordnungsmacht etablieren; letztlich auch, indem sie das soziale Aufbegehren marginalisierter Gruppen ermöglichten.

Militärische Antiterrorereinsätze und der bewaffnete Widerstand lokaler Selbstverteidigungsgruppen konnten diese Dynamiken nicht aufhalten, sondern trugen im Gegenteil zu Radikalisierung und zur Eskalation von inter-ethnischen Konflikten bei.

Um jihadistischen Gruppen ihren sozialen Rückhalt zu entziehen und einer Ausweitung der Gewalt entgegenzuwirken, sollten in stärkerem Umfang zivile Lösungsbemühungen gefördert werden, die lokale Missstände erkennen und bearbeiten und auf eine konstruktive Transformation lokaler Konflikt dynamiken hinwirken.

Folgende Ansätze der nigrischen Regierung, die auf Forderungen der Zivilgesellschaft in Tillabéri aufbauen,⁷⁷ könnten dabei sowohl finanziell als auch durch Fachexpertise von internationalen Partner*innen unterstützt bzw. ausgeweitet werden:

Die Förderung von Dialog und sozialer Kohäsion

Die Förderung eines politischen Dialogs sowohl zwischen der Regierung und den Kommunen als auch innerhalb der Kommunen kann dabei helfen, partizipative Konzepte und Formate für lokale Problemlagen zu identifizieren. Dialogforen zum Beispiel bieten marginalisierten Gruppen die Möglichkeit zu politischer Mitbestimmung und können das Vertrauen zwischen staatlichen und parastaatlichen Institutionen und der Bevölkerung auf kommunaler und nationaler Ebene stärken. Soziale und politische Spannungen und Gewalt, die eine Mobilisierung durch jihadistische Gruppierungen oder die Bildung ethnisch organisierter Selbstverteidigungsmilizen begünstigen, können auf diese Weise reduziert werden. Gleichzeitig ermöglichen Dialogprozesse die Demobilisierung und soziale Reintegration von Mitgliedern bewaffneter Gruppen.

Die 1995 gegründete staatliche Behörde für Friedenskonsolidierung (Haute Autorité à la consolidation de la paix, HACP), sowie einige lokale und internationale Nichtregierungsorganisationen verfügen über langjährige Erfahrungen im Bereich der Dialogförderung und Konfliktmediation, auch in der Tillabéri-Region.

Ein Mangel an adäquater Finanzierung und die zeitliche Gebundenheit an Projektzyklen erschwert jedoch derzeit eine längerfristig angesetzte, flächendeckende Etablierung von

⁷⁷ Für konkrete Forderungen der Zivilgesellschaft, siehe zum Beispiel: Les ressortissants. 2023. „Déclaration des Ressortissants des Communes du Gorouol et de Bankilaré relative à l'insécurité.“ ActuNiger, 30. Januar 2023; oder: République du Niger, Région de Tillabéri, Département de Banibangou. 2023. *Accord de paix entre communautés du département de Banibangou*. Januar 2023.

Gesprächsformaten. Fehlende Koordinierungsmechanismen verhindern zudem eine strategische Ausrichtung der verschiedenen Initiativen. Kompetenzkonflikte und Dopplungen, der exklusive Fokus auf bestimmte Akteursgruppen oder aber eine fehlende Abstimmung mit militärischen Operationen haben in der Vergangenheit die Glaubwürdigkeit und Tragweite von Dialogprozessen geschwächt.⁷⁸

Daher sollte insbesondere auf die Kohärenz, Kontinuität und Inklusivität von Maßnahmen geachtet werden.

Die Bearbeitung lokaler Konfliktursachen

Dialogprozesse können nur nachhaltig friedensfördernd wirken, wenn sie zu einer Regelung der Konfliktursachen führen, die den Mobilisierungserfolg bewaffneter Gruppen erklären. Die Entstehungsgeschichten von ISSP und JNIM in Niger zeigen in dieser Hinsicht die Bedeutung von Ressourcenkonflikten, politischer und sozialer Exklusion und fehlenden staatlichen Sicherheitsgarantien auf.

Internationale Partner*innen sollten daher die zuständigen Ministerien und Kommunen dabei unterstützen, bestehende Landrechtsgesetze besser durchzusetzen und die Arbeit der dezentral organisierten Bodenrechtskommissionen zu stärken. International geförderte Projekte beschränken sich bisher meist auf die Zusammenarbeit mit einzelnen regionalen oder lokalen Kommissionen – auch weil beklagt wird, dass auf nationaler Ebene der politische Wille dazu fehlt. Dabei ist die Aufstellung und Vorgehensweise der Kommissionen auch auf lokaler Ebene oft intransparent und wenig repräsentativ. Ein Mangel an finanziellen Mitteln schränkt zudem ihre Funktionsfähigkeit ein.

Lokale zivilgesellschaftliche Akteure fordern daher einen auf nationaler Ebene koordinierten inklusiven Prozess der Organisationsanalyse, mit dem Ziel, eine demokratische Erneuerung der Bodenrechtskommissionen herbeizuführen. Internationale Partner*innen könnten diesen Prozess unter Einhaltung des Konditionalitätsprinzips unterstützen und somit einen wichtigen Beitrag zum Aufbau partizipativer lokaler Gouvernance-Strukturen leisten.

Da besonders mobilen Viehzüchter*innen oft nicht bekannt ist, welche Rechte sie in Bezug auf die Nutzung natürlicher Ressourcen haben, unterstützen internationale Projekte in der Vergangenheit vornehmlich zivilgesellschaftliche Viehzüchter*innenorganisationen bei der Durchführung von Informationskampagnen und der Vertretung ihrer Interessen. Im Kontext der Gewalteskalation und der Verbreitung von Desinformation droht dieser einseitige Ansatz jedoch zur Stigmatisierung mobiler Viehzüchter*innen beizutragen. Maßnahmen zur Stärkung zivilgesellschaftlicher Akteure sollten daher darauf gerichtet sein, die Kooperation zwischen verschiedenen Organisationen von Viehzüchter*innen und Ackerbauern und -bäuerinnen zu stärken, die sich für eine nachhaltige und inklusive Bodennutzung einsetzen.

Die Förderung der ökonomischen Integration durch Bildung und die Schaffung von formellen Einkommensmöglichkeiten kann zudem der jungen Landbevölkerung Perspektiven eröffnen, die jenseits der von Konflikten geprägten informellen bzw. illegalen Sektoren und traditionellen sozio-ökonomischen Modellen liegen.

Die Umsetzung einer bürgernahen Sicherheitsstrategie

Nachhaltige Stabilisierungsbemühungen müssen gleichzeitig den effektiven Schutz der Zivilbevölkerung garantieren. Besonders in den Einflusszonen der jihadistischen Gruppierungen ist die Zivilbevölkerung in den letzten Jahren zunehmend zur Zielscheibe von Angriffen geworden. ISGS bzw. ISSP und JNIM haben dabei immer wieder vorgegeben,

⁷⁸ ICG. 2020, 19–20.

die Kooperation mit staatlichen Sicherheitskräften oder auch die Formierung von Selbstverteidigungsmilizen sei der Grund für ihre Angriffe. Aber auch militärische Antiterroroperationen fordern immer wieder zivile Opfer und schwächen das Vertrauen der Bevölkerung in staatliche Sicherheitskräfte.


Internationale Partner*innen sollten die nigrischen Sicherheitskräfte bei der Umsetzung einer menschenrechtsbasierten, bürgernahen und den Bedürfnissen der Bevölkerung entsprechenden Sicherheitsstrategie unterstützen. Eine erhöhte Präsenz von repräsentativ aufgestellten, gut ausgebildeten und ausgestatteten Sicherheitskräften in den ländlichen Regionen ist dafür ebenso unerlässlich wie die Demobilisierung von Selbstverteidigungsmilizen. Mit der im April 2022 veröffentlichten „Stratégie nationale de sécurité de proximité“,⁷⁹ die das Ergebnis eines inklusiven Konsultationsprozesses auf regionaler Ebene ist, hat Niger dafür bereits die politischen Rahmenbedingungen geschaffen. Eine Herausforderung bleibt jedoch die Umsetzung der Strategie, bei der die Regierung auf die Unterstützung externer Partner baut. Während das internationale Interesse an der Finanzierung bestimmter Aspekte der Strategie groß ist, bleiben andere Bereiche bislang unangetastet. So sind beispielsweise zahlreiche Organisationen darum bemüht, in Tillabéri vertrauensbildende Maßnahmen zwischen der Bevölkerung und den Sicherheitskräften durchzuführen. Gleichzeitig ist der Zugang zu der Region für Sicherheitskräfte auf Grund fehlender Ressourcen und der volatilen Gefahrenlage nach wie vor beschränkt. Die Konkurrenz der beteiligten Organisationen um internationale Finanzierungen erschwert zudem eine transparente und koordinierte Vorgehensweise. Um die Präsenz von Sicherheitskräften landesweit auszubauen und ihr flächendeckendes, bürgernahes Agieren zu fördern, sollten internationale Partner*innen ihre Maßnahmen besser mit nationalen Akteuren und deren Prioritäten abstimmen. Die organisationsübergreifenden Kommissionen, die durch den im November 2022 vom Innenministerium erteilten Erlass zur Etablierung mobiler Einheiten gegründet wurden, bieten hierfür einen geeigneten Rahmen.

⁷⁹ République du Niger. 2022. Stratégie nationale de sécurité de proximité.

Megatrends Afrika ist eine Kooperation von SWP, IDOS und IfW.

Die Publikationen geben die Auffassung der Autor*innen wieder.

Die Veröffentlichungen des Forschungsprojekts durchlaufen intern ein Begutachtungsverfahren.

 Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz

SWP Stiftung Wissenschaft und Politik | Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

IDOS German Institute of Development and Sustainability

IfW Kiel Institut für Weltwirtschaft

www.megatrends-afrika.de

megatrends-afrika@swp-berlin.org

ISSN 2747-4291

DOI 10.18449/2023MTA-AP01

 **SWP**
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für
Internationale Politik und Sicherheit

 **IDOS** | German Institute
of Development
and Sustainability

 **ifw** KIEL INSTITUT FÜR
WELTWIRTSCHAFT

Gefördert durch:

 Auswärtiges Amt

 Bundesministerium
der Verteidigung

 Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung